

Neue CDU-Anträge

- Neuausrichtung des Brandenburger Arbeitsmarktprogramms [mehr](#)

Weitere News

Aus den Parlamenten notiert

Namenspflicht für Polizisten

Polizisten in Brandenburg müssen ab 2013 Namensschilder tragen. Auf Initiative der CDU-Fraktion die große Mehrheit der Abgeordneten des Landtages Brandenburg eine Kennzeichnungspflicht beschlossen. [mehr](#)

Stasi-Überprüfung verlängern

Der Zugang zu den Stasi-Unterlagen soll bis zum 31. Dezember 2019 verlängert werden. Zudem soll der Personenkreis im öffentlichen Dienst, der auf eine Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR überprüft werden kann, ausgeweitet werden. Dies sieht der Entwurf eines Achten Gesetzes zur Änderung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes der CDU/CSU- und der FDP-Fraktion im Bundestag vor. [mehr](#)

Länder müssen Kosten tragen

Die Länder sind nach Ansicht der Bundesregierung für den Vollzug der Sicherungsverwahrung zuständig und müssen dafür entsprechende finanzielle Mittel aufbringen. [mehr](#)

Bauen & Finanzen

XXL-Schloss für Rot-Rot

CDU-Fraktionsvorsitzende Dr. Saskia Ludwig hat den Neubau des Landtages in der geplanten Größe erneut als Steuerverschwendung scharf kritisiert. Sie hatte bereits vor Baustart des Gebäudes angemahnt, dass der Entwurf weder im Umfang noch Gestaltung angemessen sei. Trotz der großen Dimension hätten nach Fertigstellung und einer möglichen Länderfusion weder Berliner Abgeordnete noch aktuell das Personal des Landesrechnungshofes Platz. „Das Abweichen vom Originalentwurf ist ein Akt der Willkür. Es gibt keinen ersichtlichen Grund für die Verschwendung von Steuergeldern für zusätzliche Büroräume im Landtagsgebäude. Rot-Rot wird erklären müssen, warum es ein XXL-Schloss will“, sagte Saskia Ludwig.



Vorsitzende Dr. Saskia Ludwig: „Rot-Rot verschwendet Steuergeld.“



Mehr Informationen u.a. zu:

Rente ab 69 und Wettbewerb in der öffentlichen Verwaltung auf unserer Internetseite www.cdu-fraktion-brandenburg.de

FOTO DER WOCHE

Unterwegs für Sie in Brandenburg

Wir machen uns für die ländlichen Regionen stark. Mit unserem Fraktionsbus und Diskussionsstoff im Gepäck sind wir seit drei Monaten in Brandenburg unterwegs. Halt machten unsere Abgeordneten auch im ostbrandenburgischen Heidesee, dessen bäuerliches Kleinod sich in den Scheiben des Busses widerspiegelt.



Schulfrieden statt Einheitsschule

Die Brandenburger Schüler werden noch zu wenig individuell gefördert. Auch in der Qualität des Unterrichts gebe es noch Schwächen, sagte selbst Bildungsministerin Martina Münch (SPD) am Mittwoch in Potsdam und stellte einen entsprechenden Bericht vor. Innerhalb von fünf Jahren wurden erstmals 724 öffentliche Schulen in Brandenburg von Experten begutachtet.

Umso mehr verwundert da die Aussage der bildungspolitischen Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Gerrit Große, alle Kinder sollten in einer Einheitsschule „inklusiv“ unterrichtet werden. Diese Forderung hatte Große in einem Interview im „Neuen Deutschland“ erhoben. Hoffmann wirft ihr vor, das Konzept der Inklusion - eigentlich zur Integration von behinderten Menschen in Regelschulen gedacht - als Alibi für die Einführung einer Einheitsschule zu benutzen. „Das sind zwei völlig verschiedene Paar Schuhe“, erklärt Hoffmann. Er warnt vor einem „Supergau“ im Bildungssystem, sollte die rot-rote Landesregierung neben den Förderschulen nun auch die Gymnasien abschaffen wollen. „Unter gleichzeitiger Einführung einer Einheitsschule und geplanten Kürzungen im Bildungsbereich von 27 Millionen Euro allein im Jahr 2012, wäre das brandenburger Schulsystem völlig überfordert. Die LINKE betreibt Ideologie mit der Brechstange und verunsichert damit die Eltern. Anstatt endlich über Bildungsinhalte und Absicherung des Unterrichts zu sprechen, beißen sich SPD und LINKE immer noch an der Umgestaltung der Strukturen fest. Wir brauchen einen Schulfrieden und keine neuen Experimente“, so Hoffmann.



luxuz://photocase.com